

Bündniserklärung

Illegal ist unsozial.

Branchenbezogenes Aktionsbündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung in der Bauwirtschaft.

Das Bundesministerium der Finanzen und die drei Tarifvertragsparteien des Baugewerbes schließen sich zu einem branchenbezogenen Aktionsbündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung zusammen. Sie sind gemeinsam der Auffassung, dass

- die Schwarzarbeit in Deutschland ein alarmierendes Niveau erreicht hat, durch das speziell gesetzestreue Betriebe und Arbeitnehmer arbeitsintensiver Dienstleistungsbereiche geschädigt werden und nicht weiter hinnehmbare Einnahmefälle bei den Sozialkassen und dem Fiskus verursacht werden,
- durch die zunehmende Schwarzarbeit insbesondere in der Bauwirtschaft bereits viele Bauarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren haben, weil deutsche Baubetriebe, die sich an Gesetze und Tarifverträge halten, gegenüber der illegalen Niedriglohnkonkurrenz keine faire Chance im Wettbewerb mehr haben.

Unsere Ziele:

- Schaffung eines allgemeinen Bewusstseins für die negativen Folgen von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung am Bau
- fairer Wettbewerb unter gleichen Bedingungen statt ruinöse Preiskonkurrenz durch illegale Praktiken
- ordnungsgemäße Entrichtung der Steuern und der Beiträge zur Sozialversicherung und zu den Sozialkassen der Bauwirtschaft durch alle Unternehmen
- Einhaltung der Mindestlöhne und des Sozialkassenverfahrens im Baugewerbe
- konsequenter Gesetzesvollzug bei der Bekämpfung der gewerbsmäßigen Schwarzarbeit

Unsere Maßnahmen:

Um diese Ziele zu erreichen, werden die Bündnispartner noch enger als bisher zusammenarbeiten. Wir werden dazu insbesondere öffentlich in einem Bündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung antreten,

- die Information der Öffentlichkeit über die schädlichen Folgen von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung sowie über die Folgen von Gesetzesverstößen verstärken,
- den Informationsfluss zwischen den Verbänden und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit vor Ort weiter verbessern,
- entsprechende Bündnisse auf regionaler Ebene fördern und
- unter der Leitung des Bundesministeriums der Finanzen einen regelmäßig tagenden Arbeitskreis auf Bundesebene einrichten, der praktische Ansätze zur verbesserten Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung erarbeitet und dazu auch die Wirksamkeit der geltenden gesetzlichen Regelungen erörtert.

Das Bundesministerium der Finanzen wird über diese Bündnisaktivitäten hinaus durch weitere intensive Prüfmaßnahmen in der Bauwirtschaft die Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung intensivieren. Dabei werden insbesondere folgende Schwerpunkte im Vordergrund stehen:

- Regelmäßige Kontrollen privater und öffentlicher Baustellen, insbesondere auch vor Beginn und nach Ende der allgemein üblichen Arbeitszeit sowie am Wochenende
- Verstärkte Ausrichtung der Kontrollen auch auf aktuelle Verschleierungsformen gewerbsmäßiger Schwarzarbeit

Bündnispartner sind:

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB)
Hauptverband der Deutschen Bauindustrie
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)
Bundesministerium der Finanzen

